

# „Weniger diplomatische Rücksicht!“

Wirtschaftspolitik-Professor und EZB-Berater: Draghi-Äußerung zur Unumkehrbarkeit des Euro „gewagt“

Klare Regeln für die Europäische Zentralbank (EZB), ihre Anleihekäufe und die Interventionen der Euro-Rettungsschirme fordert der Mannheimer Professor für Wirtschaftspolitik, Hans Peter Grüner. Mehr Transparenz, vor allem aber weniger Diplomatie sei in der künftigen Struktur der Eurozone nötig.

Von Stephan Balling, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 12.9.2012

Der Mannheimer Ökonom Hans Peter Grüner hinterfragt im Gespräch der Börsen-Zeitung die jüngste Äußerung von EZB-Präsident Mario Draghi, der Euro sei unumkehrbar. Natürlich könne sich Draghi darauf berufen, dass bisher keine Regierung erklärt habe, den Euro aufgeben zu wollen, so Grüner. „Aus diesem Umstand aber allein die Unumkehrbarkeit des Euro abzuleiten, ist für einen Notenbanker etwas gewagt“, erklärt der Ökonom, der unter anderem die EZB in Fragen der Fiskalpolitik berät. Vier Dinge sind seiner Meinung nach nötig, damit die Eurozone wetterfest wird:

- tragfähige Regeln für Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsländern
- eine europäische Bankenaufsicht mit Durchgriffsrechten auf die nationale Ebene und der Möglichkeit, Banken abzuwickeln
- klare Regeln für die EZB und den ESM
- „weniger diplomatische Rücksicht“

Weniger Diplomatie? Das sei vielleicht das Wichtigste, findet Grüner. Er plädiert für mehr europäische Innenpolitik. Soll heißen: „Es muss selbstverständlich werden, dass sich Regierungschefs deutlich zur Politik eines anderen Euro-Staates äußern. Das kann bis zu Wahlempfehlungen reichen.“ Vorbild sei der deutsche Föderalismus, wo etwa der CSU-Ministerpräsident von Bayern eindeutig Partei ergreife und Wahlkampf für den CDU-Spitzenkandidaten in ei-

nem anderen Bundesland mache. „In einem gemeinsamen Währungsraum sollte dies auch möglich sein.“

Vor allem aber fordert der Ökonom klare Regeln für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die EZB. Schließlich habe die Krise mit dem Rettungs-

schnell wie möglich glaubwürdige Antworten auf diese Fragen finden, wenn sie die Inflationserwartungen dauerhaft im Griff behalten wollten, mahnt Grüner.

Der Ökonom plädiert für zwei Grundsätze: Erstens dürfe ein Land nur dann in ein ESM-Programm auf-

schließen des EZB-Vertrags zur jetzigen Zeit andere zentrale Errungenschaften des Vertragwerks gefährdet werden“, warnt Grüner zugleich.

Eine weitere Möglichkeit sei deshalb, dass die EZB selbst klarstelle, in welchen Situationen sie Ankäufe auf dem Sekundärmarkt in Erwägung ziehe und in welchen Situationen sie solche Ankäufe generell ausschließe. „Eine solche Klarstellung ist dringend geboten, und sie muss über das Argument der Störung des Transmissionsmechanismus deutlich hinausgehen“, fordert Grüner. „Im Kern der Argumentation sollten die Gefahren einer tiefen und breiten Schuldenkrise für die Preisstabilität in der gesamten Eurozone stehen.“ Genau diese Gefahren ließen die EZB-Entscheidung, Sekundärmarktankäufe nicht auszuschließen, in der jetzigen Lage auch im Rahmen eines eng ausgelegten Mandats vertretbar erscheinen.

Außerdem plädiert Grüner für hohe Abstimmungsraten im EZB-Rat. „Hierfür spricht, dass diese Ankaufverteilungswirkungen entfalten können, die, wie die Bundesbank zu Recht bemerkt, nur schwer ohne eine politische Legitimation auskommen.“ So könne die EZB zum Beispiel beschließen, Ankäufe am Sekundärmarkt in Zukunft nur noch dann zu erwägen, wenn diese von einer Mehrheit von 90% der im Zentralbankrat vertretenen Stimmen getragen würden.

Der Vorteil? „Mit dieser Hürde würde besonders deutlich, dass fiskalisches Fehlverhalten weniger Länder keine EZB-Intervention nach sich ziehen wird“, erklärt Grüner. Zugleich bliebe die Möglichkeit erhalten, dass die EZB interveniere, wenn die Staaten der Eurozone in der Breite geschwächt seien. Im jetzigen Fall wäre aber auch nach dieser Regel der Ankauf am Sekundärmarkt nicht ausgeschlossen worden, weil es nur eine Gegenstimme gegeben habe. Grüner fordert: „Es ist Zeit, dass die EZB Klarheit schafft.“



„Es ist Zeit, dass die EZB Klarheit schafft.“

Hans Peter Grüner

fonds und den Käufen von Staatsanleihen aus Euro-Krisenländern am Sekundärmarkt durch die EZB zwei dauerhafte institutionelle Neuerungen hervorgebracht. „Damit drängt nun die Frage, nach welchen Regeln ESM und EZB bei der Bewältigung zukünftiger Krisen eingesetzt werden sollen“, sagt Grüner. „Bisher schließen die Verträge über die EZB zwar nicht ausdrücklich aus, dass Staatsanleihen am Sekundärmarkt gekauft werden dürfen, aber sie spezifizieren nicht, unter welchen Bedingungen das geschehen darf.“

Mit den Beginn der Käufe von griechischen und anderen Staatsanleihen im Mai 2010 habe die EZB einen Präzedenzfall geschaffen, der erhebliche stabilitätspolitische Risiken mit sich bringe. Grüner: „Wann wird die EZB in Zukunft Ankäufe am Sekundärmarkt vornehmen?“ Die Politik und die EZB selbst müssten nun so

genommen werden, wenn ein Default des Landes tatsächlich für das Finanzsystem in ganz Europa zum Systemrisiko würde. „Zweitens erfordern die Legitimationsprobleme selektiver Sekundärmarktinterventionen durch die EZB, dass fiskalische Lösungen klaren Vorrang vor Zentralbankinterventionen haben müssen.“ EZB-Anleihekäufe könnten nur dann gerechtfertigt werden, wenn der ESM überfordert wäre und so „deutliche Gefahren für die Preisstabilität“ entstünden.

Grüner: „Eine Klarstellung der zukünftigen Rolle von Sekundärmarktankäufen ist auch deshalb geboten, weil dauerhafte Uneinigkeit über die Auslegung des Mandats der EZB den Zusammenhalt der Eurozone gefährden kann.“ Er könne sich vorstellen, dass EZB-Sekundärmarktankäufe in den EU-Verträgen geregelt werden. „Allerdings können mit dem Auf-